

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: S.W. 66, Lindenstraße 3  
Telefon: Dönhofs 292-295  
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung  
Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,  
Berlin S.W. 66, Lindenstraße 3  
Telefon: Dönhofs 2508-2507

### Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Franzosen verhaften deutsche Polizeibeamte.

Auf kommunistische Denunziationen.

Kemscheid, 24. Dezember. (W.T.B.) Gestern früh besetzte französisches Militär die Rathauswache. Zwei mit Maschinengewehren ausgerüstete Kompanien umstellten die Untertunsträume der Schutzpolizei und durchsuchten sie. 16 Beamte, darunter der Polizeioberleutnant Schulan, wurden festgenommen und abgeführt. Die bei Beginn der Aktion ebenfalls in Haft genommenen Oberbürgermeister Dr. Hartmann und Polizeimajor Quast wurden im Laufe des Vormittags, als die französischen Truppen wieder abzogen, auf freien Fuß gesetzt.

Köln, 24. Dezember. (W.T.B.) Der „Kölnischen Zeitung“ wird zu den Vorgängen in Kemscheid gemeldet: Nachdem vor einiger Zeit seitens der hiesigen kommunistischen Fraktion des Stadterordnetenkollegiums an die Stadtverwaltung die Anfrage gestellt worden war, ob die hiesige Schupo über besonders große Waffenlager verfüge, und die Antwort vollständig verneinend ausgefallen war, erfolgte gestern vormittag 5 Uhr auf eine kommunistische Denunziation hin eine Untersuchung durch etwa zwei Kompanien kriegsmäßig bewaffneter französischer Truppen. Aus dem Düsseldorf Hauptquartier war eigene eine Anordnung zur Feststellung des Sachverhalts erlassen. Der Oberbürgermeister, der Befehlshaber der Schupo und der Kommandeur der Schupo wurden um 5 Uhr morgens geweckt und zum Verhöre ins Rathaus bestellt. Trotzdem alle Stellen versicherten, daß überplanmäßige Waffen nicht vorhanden seien, erfolgte auf besonderen militärischen Befehl hin um 7 Uhr morgens die Durchsuchung des in der Nähe des Schupoquartiers befindlichen Bismarkturm, wo sich angeblich größere Waffenmengen befinden sollten. Die Untersuchung verlief vollständig ergebnislos. Während der Untersuchung mußte der Befehlshaber der Schupo als Geisel auf der französischen Wache bleiben.

## Der Düsseldorfer Schupo-Prozess.

Die Separatisten als Provokateure.

Am Sonnabend nachmittag ergaben sich im Düsseldorfer Kriegsgerichtsprozess gegen die Schutzpolizisten wichtige Zeugenaussagen. Der französische Major Gerard sagt, er habe an der Kommunikationsstraße einen blauen Polizisten auf die fliehende Menge schießen sehen, und zwar nach seiner Auffassung ohne Veranlassung. Am Corneliusplatz habe er blaue Polizisten bemerkt, die über die Königsallee schossen.

Der Zeuge Polizeibeamter Drimann wurde von einem Separatisten mit weißer Armbinde und Revolver angehalten. Es fanden viele Separatisten dort. Als eine Ablösung von drei Polizeibeamten kam, fielen sofort Schüsse. Die Ablösung wurde von den Separatisten überfallen und mit Gummiknüppeln oder Stöcken geschlagen.

Dem Arbeiter Roe sagte am Abend des 29. September ein aus einer Wirtschaft herauskommender Gast, die Hauptursache sei, die Polizei zu zeigen, so daß sie von der Schupo bewacht werden könne. Dann hätten die Sonderbündler gewonnenes Spiel.

Der Assistent der blauen Polizei Scheidler sah, als er von seinem Posten auf dem Hindenburgwall abgelöst werden sollte, wie er mit seinen Kollegen von den Sonderbündlern eingekreist werden sollte. Sie wählten sich den zu entziehen. Als sie weiter nach der Kaserne zurückgehen wollten, wurden sie von anderen Separatisten angehalten, die ihnen den Weg versperren. Ein Separatist kommandierte „Schießgewehr heraus!“ Der Zeuge bekam mit dem Schießgewehr einen Schlag über den Kopf und stürzte. Hinter ihm her wurde ein Schuß abgegeben, der ihn verwundete.

Dem Elektrotechniker Leistner kam, als er am Hindenburgwall sah, daß die Abteilungen der Sonderbündlerischen Schupostruppen nach Rummern eingestellt wurden, die Sache nicht mehr geheuer vor. Die Kommunikationsstraße war durch Separatisten abgesperrt, die auch drei dort durchgehende blaue Polizisten anhielten. Zwei von diesen drängten sich durch die dritte wurde niedergeschlagen und mit Gummiknüppeln bearbeitet.

Leutnant Thamm, der eine französische Radfahrereinheit befehligte, sah, wie ein Separatist den Revolver gegen einen Schutzpolizisten richtete. Auf dem zweiten Hofe habe er etwa hundert Gefangene getroffen, von denen die meisten am Kopfe verletzt gewesen seien. Er habe die Gefangenen für frei erklärt. Zwei oder drei hätten dem Angeklagten Stadtschreiber Reutchen, der eine Liste über die Gefangenen geführt habe, als denjenigen bezeichnet, der sie „sehr geschlagen habe“. In der Tasche Reutchens habe der Zeuge einen Gummiknüppel gefunden.

Omangil, früher Schutzpolizeibeamter in Düsseldorf, jetzt in Münster, erklärte, die Schupo sei herausgegangen, weil die Kammeraden in Gefahr waren. Die Schupo sei wiederholt zur Hilfe gerufen worden. Als die Monnschaft an die erste Querstraße gekommen sei, sei Wachtmeister Arndt bereits verwundet worden. In diesem Augenblick seien viele Schüsse gefallen. Viele Polizisten hätten sich vor den Schüssen, die vom Hindenburgwall kamen, in die Türen der Häuser geflüchtet.

## Ein holländisches Urteil.

Amsterdam, 24. Dezember. (W.T.B.) Ein nach Düsseldorf entsandter Berichterstatter des „Algemeen Handelsblad“ meldet über den Schupo-Prozess: Das Paradoxe dieses Prozesses ist, daß die Franzosen die Schuldigen, welche das Blutbad begangen haben, nämlich ihre Freunde, die Separatisten, vollkommen in Ruhe lassen, dagegen die Polizisten, die man nur mit vieler Mühe zum Kampfe herausgeholt hat, um einen Vorwand zu ihrer Ausweisung zu finden, vor ein Kriegsgericht stellen. Angesichts der Flut von Zeugen

aussagen zugunsten der Angeklagten, die im Gegensatz zu den vom öffentlichen Ankläger angeführten Zeugnissen miteinander vollkommen übereinstimmen, würde ein noch vor wenigen Tagen für unmöglich gehaltenes mildes Urteil mit vielen Freisprechungen und leichten Strafen zu erhoffen sein, wenn nicht die letzte Rede Poincarés die Befürchtung erwecken müßte, daß die Einschüchternungsmaßregeln und Einschüchternungsurteile erneuert werden sollen.

## Neue Besprechung Hoersch-Poincaré.

Die deutsche Botschaft in Paris hat von der Reichsregierung neue Anweisungen zur Fortsetzung der Versuche, Verhandlungen mit Frankreich herbeizuführen, erhalten, und der Geschäftsträger v. Hoersch wird heute, Montag, bei Poincaré erscheinen, um diese Versuche fortzusetzen. Die Pariser Regierungspresse wendet sich — wie uns scheint, mit Recht — gegen vorzeitige Veröffentlichungen über den (geheimen) Inhalt der neuen Instruktionen wie über den Gang der bevorstehenden Besprechung. Das vorige Mal ist ja ziemlich rasch über die Unterhaltung Hoersch-Poincaré amtlich berichtet worden. Javaz meldet aus Berlin, man erkläre in politischen Kreisen, die deutsche Regierung werde sehr bald der französischen ein Memorandum überreichen lassen, in dem die Fragen genau dargelegt sind, bezüglich deren die deutsche Regierung kürzlich um die Einleitung von direkten Verhandlungen nachgesucht hat. Dieses Memorandum soll der deutsche Geschäftsträger mündlich noch erläutern. Ein dementsprechender Schritt soll gleichzeitig in Brüssel unternommen werden.

Am gestrigen Sonntag hat Poincaré einer Gemeinde das Kriegskreuz überbracht und, wie üblich, eine Rede gehalten.

Poincaré wiederholte zunächst die Vorgesichte der Ruhrbesetzung in seiner bekannten Weise. Er erklärte dann weiter, das Uebel der Geldentwertung und Teuerung, unter dem Frankreich leide, sei ihm nicht allein eigen. Es sei die Folge der allgemeinen Umrwälzungen, die der Krieg mit sich gebracht habe; die Folge der Zerstörung der Reichtümer, die auch eine Verlangsamung der Produktion hervorgerufen habe. Das Uebel könne nur durch Arbeit, Energie und Sparsamkeit behoben werden. Aber wenn Frankreich mit verdrängten Armen stehengeblieben wäre, wenn es nicht die Hand auf die Wänder des Ruhrrevolts gelegt hätte, dann müßte es das Uebel noch vergrößert haben. Man sei noch nicht am Ende, aber man nähere sich ihm mit jedem Tage. Das Wesentliche sei, daß man seinen der Hauptgrundsätze aufbehalte, daß man nichts zulasse, was vom Friedensvertrag entferne, und daß keine neuen Zugeständnisse gemacht würden, sei es mit Bezug auf die Reparationen, sei es mit Bezug auf die Sicherheit Frankreichs. Wir sind im Ruhrgebiet, so schloß Poincaré, und wir werden es nur, nachdem wir bezahlt worden sind, verlassen. Wir sind aber bereit, alle Regelungsarten zu prüfen, die eine raschere und sichere Zahlung möglich machen können.

Der französische Franken hat am Sonnabend einen neuen Rekordstand erreicht. Am Nachmittag wurde der Dollar mit mehr als 20 Franken, das Pfund Sterling mit mehr als 87 Franken bezahlt. Am 30. November hatte der Kurs nach 18,65 bzw. 81,18 betragen.

Die Kammer hat Sonnabend nachts zur Frage der Teuerungszulage für die Beamten beschlossen:

1. Es wird eine Kommission zur Revision der Beamtengehälter gebildet, die sich zu einem Drittel aus Vertretern der Beamenschaft zusammensetzt, die von der Regierung ernannt werden;
  2. die Kommission muß am 31. Oktober 1923 durchgeführt sein;
  3. die Familienunterstützung wird um 50 Proz. erhöht;
  4. die Aufenthaltsschädigung für die Beamten ohne Dienstwohnung wird um 33 Proz. für die Beamten mit Dienstwohnung um 15 Proz. erhöht.
- Die Forderung der Beamten (1800 Franken) ist zwar nicht erfüllt worden, immerhin haben aber die Beamten durch die oben erwähnten Bestimmungen gegen früher einen Vorteil erlangt.

## Amerikanisches Urteil.

Paris, 24. Dezember. (W.T.B.) Nach einer Meldung des „New York Herald“ hielt der ehemalige amerikanische Beobachter in der Reparationskommission Bonden auf dem Jahresbankett der New Yorker Gesellschaft Neu-England eine lange Rede, in der er erklärte, die Besetzung des Ruhrgebietes werde die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands herabsetzen und die Wiederherstellung eines dauerhaften Friedens gefährden. Wenn diese Besetzung eine dauernde bleibe, werde Amerika eine Rückkehr zu den politischen Reibhoben erleben, die es für aufgegeben gehalten habe. Er habe die Beschlüsse des Ruhrrevolts niemals für nötig oder auch nur für nützlich angesehen. Er halte sie auch jetzt noch für eine Gefährdung des Friedens; aber ganz abgesehen von Erfolg oder Mißerfolg bedauere er sie, weil er sie für einen Verstoß gegen die Beschlüsse des Ruhrrevolts ansehe, nicht nur im technischen Sinne, sondern auch im Sinne des Bestes des Friedensvertrages. Eine Herabsetzung des Betrages der deutschen Reparationszahlungen sei der erste zum Wiederaufbau Europas notwendige Schritt. Die Erzwingung unmöglicher Forderungen durch militärischen Druck mache es für Deutschland unmöglich, zu zahlen, was es im anderen Falle hätte zahlen können. Der Friedensvertrag müsse die Reparationslast nicht der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands an. Niemand habe je vorgeschlagen, Deutschland von irgendeiner Verpflichtung zu entbinden, die es erfüllen könne. Die neuen Bemühungen des Staatssekretärs Hughes stellten lediglich den letzten Versuch dar, das Problem mit dem gesunden Menschenverstand anzupacken. Man werde niemals eine einmütige Anstrengung der deutschen Nation zur Reparationszahlung herbeiführen können, wenn Deutschland nicht auf deren Erfolg vertrauen könne, und dieses Vertrauen müsse auch von der Finanzwelt außerhalb Deutschlands geteilt werden.

Die Familie des belgischen Leutnants Grass, der in Hamburg ermordet wurde, hat vom belgischen Außenministerium 250 000 Franken Entschädigung erhalten, den Erlös aus dem Verkauf geraubter deutscher Eisenbahnwaggons.

## Angestellte und Wirtschaftskrise.

Von S. Kuschäuser.

Die vorläufige Stabilisierung der Mark soll als das Ergebnis währungsrechtlicher Maßnahmen nicht unterschätzt werden; es mag auch zugegeben werden, daß die Streichung der Nullen zunächst eine gewisse Beruhigung ausgelöst hat. Dennoch erscheint es verfrüht, das Ende unserer Lage als eine „Gesundungskrise“ der Wirtschaft anzusehen. Eine Sanierung von Staat und Wirtschaft, die ausschließlich auf dem Wege von Unterbewertung der Arbeitskräfte und Massenarbeitslosigkeit versucht wird, ist bedenklich. Die Uebersteuerung deutscher Erzeugnisse hält trotz niedriger Löhne dank des Kartellwuchers an und beengt die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt. Die Produktionsstörung besteht trotz eines förmlichen Barrenhungers weiter, weil die Kaufkraft der breiten Schichten unseres Volkes auf dem Nullpunkt angelangt ist. Die Verkümmern des inneren Marktes ist um so gefährlicher, als neben den Massen der Handarbeiter heute die Neuproletarier, die von den Neureichen ausgehungert wurden, vor allem Angestellte, Beamte, Angehörige der freien Berufe und Rentner in ihrem Realeinkommen nur noch knapp über ein Drittel der Kaufkraft aus der Vorkriegszeit verfügen. Die neudeutsche Wirtschaft und Finanzpolitik bedeutet Rettung des toten Kapitals unter Opferung von Menschen und unter Preisgabe staatlicher Souveränität.

Die Stabilisierungskrise ist zu einer Berufs- und Privatangestellten geworden. Der Abbau des Inflationsapparates trifft Tausende von Bank- und Verwaltungsangestellten, der Krach in dem künstlich aufgeblasenen Zwischenhandel bedeutet Massenarbeitslosigkeit von Handlungsgehilfen, der Personalabbau bei den Behörden hat die Reservearmee auf dem Stellenmarkt der Angestellten geradezu unerträglich gesteigert. Alle Speisenersparnis mündet auch im Privatbetrieb in der Entlassung von Angestellten. Die Produktionsstilllegung, wie sie von öffentlichen und privaten Unternehmern zum Zwecke der Arbeitszeitverlängerung geübt wird, tut noch ein übriges, das Massenelend der stellenlosen kaufmännischen und technischen Angestellten zu verschärfen. Da auch der gefühlte Entlassungsdruck „abgebaut“ ist, werden aufrechte Gewerkschaftsfunktionäre und Angestelltenräte zuerst auf die Straße gesetzt.

Die Goldgehälter stehen zu den Friedensgehältern im umgekehrten Verhältnis der heutigen Tagespreise zu den Vorkriegspreisen. Die Tarifpolitik der kaufmännischen Angestellten zeigt in den unteren Gruppen noch Gehälter von 50 und 40 M. monatlich. Ein Schiedsspruch, der als Spitzengehälter 252 M. für kaufmännische, 288 M. für technische Angestellte bringt, wird vom Verband Berliner Metallindustrieller als „untragbar“ abgelehnt. Man fühlt sich dort wieder soweit in den alten Betriebsabsolutismus zurückversetzt, daß man ohne jede Rücksicht auf Tarifverhandlung und Schiedsspruch Gehälter selbstherrlich festsetzt und ausbezahlt. Bestehende Tarifverträge werden durchkreuzt, indem die 48stündige wöchentliche Arbeitszeit durch launige Aufforderung zur freiwilligen Mehrleistung um sechs Stunden verlängert wird. Wenn ein Staatsbetrieb, wie die „Deutschen Werke“, auf solche Weise verfährt, zunächst den Achtstundentag bei den Angestellten aufzuheben, so können wirtschaftliche Bedürfnisse nicht vorgeschützt werden, denn es ist ein Unding, die Arbeitszeit der Angestellten um eine Stunde länger zu bemessen als die der Arbeiter. Entscheidend ist vielmehr die Auffassung, die gewerkschaftlich weniger starke Schicht der Angestellten zuerst zu überwinden, um dann die Angestellten den Arbeitern als leuchtendes Beispiel, als „Freund des Betriebes“ vorzuführen zu können.

Je mehr die Ausbeutung der Angestellten zunimmt, um so geringer wird der sozialpolitische Schutz. Selbst das für die Angestellten im besetzten Gebiet nach langen Kämpfen der Sozialdemokratie vom Reichstag feierlich beschlossene Gesetz auf Wiedereinstellung ist jetzt im Augenblick höchster Not bedingungslos aufgehoben worden. Bei der Verabschiedung der Verordnung über die Arbeitszeit sind die zugunsten der Angestellten von sozialdemokratischer Seite gestellten Verbesserungsanträge niedergestimmt worden. Die bürgerlichen Parteien glaubten sogar die Regierungsvorlage noch verschlechtern zu dürfen, indem künftig der Arbeitgeber bei „öffentlichen Notarbeiten“ Mehrarbeit anordnen kann, d. h. für die Bankangestellten soll der letzte Schutz gegen unbegrenzte, unbezahlte Mehrarbeit noch fallen. Das Bild wäre nicht ganz, wollte man verschweigen, daß auch die Persönlichkeitsentfaltung der Angestellten nach wie vor durch Fesseln, wie Konkurrenzklauseln, Erstinduktionsklauseln und dergleichen, gehemmt wird. In dem Augenblick, da es gelten sollte, alle Kräfte für die Gesamtwirtschaft mobil zu machen, hat der Einzelunternehmer nach wie vor das Monopol auf jede schöpferische Tätigkeit des bei ihm angestellten Ingenieurs oder Technikers. Wir danken für diese Art von „Gesundungskrise“.

Für die Angestellten aber muß dieser furchtbare Druck zu Kampfbewußtsein führen und Denken anregen. Der kapitalistische Staat wird ihnen, auch wenn sie ihn noch so oft anrufen, nicht helfen, wenn sie nicht in enger Gemeinschaft mit den übrigen Teilen der Arbeiterklasse den Weg der organisierten Selbsthilfe beschreiten. Ausbeutung, Unterdrückung und Verfolgung haben in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung niemals Müdigkeit, sondern umgekehrt glühenden Pflichteifer für die Organisation ausgelöst. Die Angestellten sind ein starker volkswirtschaftlicher Faktor, wenn auch sie bereit sind, ihre ganze organisatorische Kraft zu ent-



fallen. Dazu gehört restlose Organisierung in den freien Gewerkschaften, in den Genossenschaften und in der Sozialdemokratischen Partei. Auch die Angelegenheiten sind ein Teil der großen politischen Machtfrage. Solange aber immer noch Tausende von Angestellten den bürgerlichen Parteien nachlaufen und ihre politische Aufklärung aus kapitalistischen Zeitungen beziehen, haben sie auch wirtschaftlich und sozial keine Erleichterung zu erwarten. Es wird in nächster Zeit mehr als je gerade an den Angestellten und Beamten liegen, mit ihrem Gewicht die politischen Kräfteverhältnisse in Deutschland grundlegend und zugunsten der Beschäftigten umzugestalten. Ihre klassenbewusste politische Orientierung ist der Schlüssel zur Sanierung Deutschlands.

## Ein Anschlag auf Thüringen.

Ein deutschnationaler Reichskommissar soll ernannt werden

Der Reichswehrminister wollte bekanntlich vor wenigen Tagen auch in Thüringen. Seitdem er nach Berlin zurückgekehrt ist, werden in Regierungskreisen die verschiedensten Pläne über eine Beeinträchtigung der in Thüringen bestehenden Wahlen zugunsten der bürgerlichen Parteien laut. Bekanntlich werden die Amtsgeschäfte des freistaatlichen Thüringen vorläufig noch von einem sozialistischen Kumpfkabinett geführt. Das ist den bürgerlichen Parteien selbstverständlich unangenehm, und sie haben sich deshalb bereits die verschiedenartigsten Gedanken darüber gemacht, wie es möglich ist, die durch den Militärbefehlshaber bereits auf äußerste eingeschränkte Rechte der bestehenden Regierung noch weiter zu beschränken. Bei dieser Gelegenheit tauchte auch der Gedanke auf, für Thüringen einen Reichskommissar zu ernennen, der die verfassungsmäßige Regierung vollkommen rechtslos macht.

Herr Gehler scheint diesen Plan nach Berlin übermittelt zu haben, und es ist nicht verwunderlich, wenn der halb parteiische und halb deutschnationale Innenminister Dr. Tarras ihm sofort besondere Beachtung schenkte. Angeblich besteht zwar der Ausnahmezustand zur Sicherung von Ruhe und Ordnung, aber er hat bisher nur dem Reich große finanzielle Ausgaben gekostet, während die Erwerbslosen und Rentner zum Hunger verurteilt wurden. Was kümmert es da, wenn weiterhin im gleichen Tempo fortgefahren wird und in das Land Thüringen ein neues Moment der Unruhe hineingetragen wird, indem man einen deutschnationalen Landrat zum Reichskommissar ernannt?

Wir warnen ernsthaft vor der Wiederholung des sächsischen Experiments, das bei keinem der Beteiligten irgendein frohes Gefühl ausgelöst hat, nicht einmal bei Heinze und Müller! Wozu soll der Wahlkampf in Thüringen noch mehr erbittert werden, als er ohnehin schon durch die Aera Hoffe geworden ist?

## Richard Witting gestorben.

Der bekannte Politiker Richard Witting ist gestern im Alter von 67 Jahren gestorben. Witting hatte Jurisprudenz studiert und hatte sich in jungen Jahren der Nationalliberalen Partei angeschlossen. 1891 wurde er Oberbürgermeister von Bosen und genoss als solcher die besondere Gunst Wilhelms II., so daß er vielfach als kommender Mann genannt wurde. Er entwickelte sich jedoch politisch immer weiter nach links, stellte sich zum herrschenden Regime ungemein kritisch und trat zugleich von der öffentlichen Tätigkeit immer mehr zurück. Er verließ den Posten Oberbürgermeisterposten und wurde Direktor der Nationalbank, später Aufsichtsratsvorsitzender dieses Finanzinstituts. Während des Kriegs, in dem einer seiner Söhne fiel, wandelte er sich zum radikalen Pazifisten. Schließlich beteiligte er sich im Herbst 1918 an der Gründung der Demokratischen Partei, zog sich aber auch von dieser zurück, da sie keine Erwartungen nicht befriedigte.

Witting war ein Bruder Maximilian Hardens und Schwiegersohn Hermann Baasches, der im Jahre 1920 ermordet wurde.

Der Griechenkönig ist mit Familie in Bukarest eingetroffen und von seinem dortigen Kollegen auf der Bahn abgeholt worden.

## Weihnachten im Zementfarg.

Von Erna Bösing.

Eine Metzgerne. Vier Stodwörter aufeinandergerückt, zwei Köpfe, abdrückender Png, schlotz verfluchte, kitzelnde Scheiden, das Dach läßt Regen durch, das Treppengeländer ist gestohlen, weil irgend jemand mal eine warme Stube haben wollte. Trotz der Bezeichnung aller passivsten Gedanken sollte man nachträglich noch dem Menschen das Genut umdrehen, dessen Gehirne die Idee entsproß, Stodwörter auf Stodwörter zu legen und Menschen in diese zementierten Oubrote und Winkel zu sperren. Die Metzgerne, diese Wucherung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, ist der gedachte Rahmen für alle die Menschen, die im christlichen Streben Werte schaffen, aber nicht den genügenden Egoismus zur Nacht haben. Sie ist ein Sarg, der die ihn bedrückenden Menschen nur als Schemen enthält, ihre Gesundheit formt, ihre Lebensfreude erdrückt und ihr Heimatgefühl in Finsternissen zugrunde gehen läßt. Kirchenglocken klingen, und in der Metzgerne, diesem Zementfarg, rüstet man zur Weihnachtsfeier.

Im Erdgeschoss haust, zitterig und rheumatismusbefallen ein altes Ehepaar mit einer halbblinden Tochter und einem durch und durch krankem, blödsinnigen, geschnitten Entelkind. Dieses Klumpchen Unglück wird von den Dreien mit aufopfernder Sorgfalt gebütet, denn die kranke Ursula ist für sie der Lebensunterhalt. Die Eltern der Kleinen wohnen in der Schweiz, sie brachten das kranke Kind und schiden Kranken. So bekommen die Alten gutes Geld in die Hand, mit dem sie rechnen konnten. Sie putzten für Ursula einen prächtigen Weihnachtsbaum, kauften Plüsch und bebingen ihn mit Kugeln, die sich, gut verwahrt, im Verlaufe vieler Weihnachten ansammeln. Ursula trägt wie ein Papagei und schaut fixen Blickes auf ein paar Schimmerplüsch, die an der Tapete kleben und die das Christbaumferngelicht beleuchten. Und die Großtöchter gerührt und wehmütig von vielen Weihnachtsereinerungen und selbstig wegen allzu großer Zukunftsorgen, beten inbrünstig unterm Weihnachtsbaum: Der liebe Gott möge die kranke Ursula noch recht lange am Leben erhalten.

Im ersten Stockwerk wohnt ein Ehepaar das Christfest. Sie schmücken ein Kaminchen und da sie es in die Nähe des Fensters stellen, das ebenmäßig wie Schindeln hat, flackern die Lichter hin und her. Begeistert haben sie nicht, denn ganz auf Sparsamkeit eingestellt, betrachten sie die Kerzen als ausreichende Wärmequelle. Ein Gespräch wird zwischen ihnen nicht aufgenommen. Sie sind immer von dem Gedanken: „Die werde ich morgen sein“, beherzigt und sind sich selbst nur halb bekannt. Er erzählt ihr, daß der Meister Kohlenverkauf bekommen und daher der einzige im Hause sei, der Feuerung im Keller habe. Sie aber erzählt ihm, daß Frau Meier, die ja nicht mitzuarbeiten brauche, Kartoffeln stoppeln gegangen wäre, obwohl sie das gar nicht nötig hätte. Als irgendwoher Weih-

## Kahr kehrt aus.

Nicht Ostjuden, sondern deutschvölkische Auslandsdeutsche

München, 24. Dezember. (Eca.) Die seit wenigen Tagen in München als Ersatz für den verbotenen „Völkischen Beobachter“ erscheinende „Deutsche Presse“ richtet einen offenen Brief an den Generalstaatskommissar, aus dem zu entnehmen ist, daß seit dem 9. November eine Reihe völkisch gesinnter Auslandsdeutscher auf Veranlassung des Generalstaatskommissariats aus Bayern ausgewiesen wurden. In den letzten Tagen hat der aus dem Egerland stammende Vorsitzende des „Hochschulringes deutscher Art“, Geo Pflieger, der Schriftleiter der „Deutschakademischen Stimmen“ und der „Deutschen Presse“ einen Ausweisungsbefehl erhalten. Das Blatt richtet aus diesem Anlaß an den Generalstaatskommissariat eine Anfrage, worin es u. a. die Maßnahmen, die es in den letzten Wochen gegen Grenzdeutsche ergriffen hat, die als Vorkämpfer des großdeutschen Gedankens auftreten, als einen Faustschlag ins Gesicht jedes großdeutschen Völkischen Genossen bezeichnet und die Erwartung ausspricht, daß das Generalstaatskommissariat über den Parteinteressen auch das Volksinteresse wahrnehmen wird.

Man muß es Herrn v. Kahr lassen, er versteht sich nicht nur vorzüglich auf die Herabsetzung von Bierpreisen, sondern auch auf die letzten Feinheiten der Politik. Zuerst vertreibt er auf deutschvölkisches Geheiß die „Ostjuden“ aus München und inszeniert auf diese Weise so etwas wie einen weltpolitischen Zwischenfall, dann gebietet ihm sein antimozistischer Kurs, sich an die preußischen „Ausländer“ heranzumachen, und heute sind es die deutschvölkischen „Auslandsdeutschen“, die seinem eifrigen Befehl zum Opfer fallen! Aber in den Straßen Münchens soll der Bierkurs eine ebenso oft wie gern gesehene Erscheinung sein. Man kann es also verstehen, wenn sich die Bayerische Volkspartei aus Populärgründen nicht von ihrem „Bismarck“ trennen kann.

## Reventlows „Reichswart“ verboten.

Der Inhaber der volkhebenden Gewalt General der Infanterie von Seede hat auf Grund des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. September 1923 die Herstellung und den Vertrieb der Wochenchrift „Der Reichswart“ für die Zeit vom 23. Dezember bis 13. Januar 1924 verboten, da sie in der Beilage zu Nummer 49 „Die Wahrheit über den Novembermord in München“ unwahre Nachrichten über die Reichswehr verbreitete, die geeignet sind, ihr Ansehen in der Öffentlichkeit herabzuwürdigen. Das Verbot gilt auch für jede Zeitung, die als Ersatz für die verbotene neu herausgegeben oder ihren Beziehern zugesandt wird.

## Die neuen Invalidenrenten.

Vom 1. Januar ab.

Nach der Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 20. Dezember („Reichsanzeiger“ vom 21. Dezember) gewährt die Versicherungskassen ab 1. Januar durch die Post den Invalidenrentnern 18 M., den Witwen 9, den Waisen 7 Rentenmark. In der Angestelltenversicherung beitragen die entsprechenden Renten 30, 18 und 15 Rentenmark. Zu den Invalidenrenten und dem Ruhegeld tritt in den Fällen, in denen nach dem Versicherungsgeheim ein Rinderzusatz gezahlt wird, die monatliche Zahlung von je 9 M. Die Rentnemfänger in der Angestelltenversicherung scheiden hiernach ab 1. Januar aus der Sozialversicherung unter Abzug aus. Bei den Rentnemfängern der Invalidenversicherung wird wegen Aufwertung der Versicherungsleistungen eine Unterhöhung, wenigstens in der ersten Jahreshälfte, im allgemeinen nicht für notwendig erachtet.

## Ein eigenartiges Gerichtsurteil.

Getreidezurückhaltung ist nicht strafbar.

Ein eigenartiges Urteil fällte die 6. Strafkammer des Landgerichts Leipzig, die über die Zurückhaltung von Weizen aus der Ernte 1921 über den Rittergutsbesitzer Gottlob

Gntha Recht zu sprechen hatte. Bei diesem Gutspächter wurde Anfang September d. J. nach Weizen aus der Ernte 1921 noch vorgefunden, und daraufhin war er in Untersuchungshaft genommen worden. Er redete sich damit heraus, daß der Weizen Saatgut gewesen sei, wollte es ferner für sein Deputat gebraucht haben, und schließlich meinte er, daß er in dem Weizen eine Reserve für unvorhergesehene Fälle erblickt habe. Selbstverständlich fanden sich Sachverständige, die meinten, daß solche Reserven nötig seien, und daß man gerade den Weizen vom Jahre 1921 besonders dazu gebrauchen konnte, weil er von dauerhafterer Qualität gewesen sei. Man bedenke, daß im Jahre 1921 die angeblich für die Landwirtschaft „untragliche“ Umlage noch in Geltung war, und daß trotz dieser von den Interessenten derartige angebliche „Reserven“ als Selbstverständlichkeit hingestellt wurden.

Der Staatsanwalt Peter hielt sich an die Meinung der interessierten Sachverständigen nicht, sondern war der Meinung, daß der Staat gegen das Machtgebot der Landwirte, die zu einem Teil von einem brutalen Egoismus beherrscht seien, vorgehen müsse. Es dürfe nicht dazu kommen, daß das Volk bei vollen Scheunen verhungere. Er verwies weiter darauf, daß die Knappheit an Getreide eine Preissteigerung zur Folge gehabt, die der Angeklagte auszunutzen wollte und beantragte 6 Monate Gefängnis. Trotzdem sprach das Gericht den Angeklagten frei und schloß sich damit der Auffassung des Verteidigers Dr. Mosberg an, der in der Darstellung des Staatsanwalts einen Versuch sah, die Sache auf Völkische hinüberzuspielen. Entgegen dem klaren Wortlaut des Urteils, daß auf Warenzurückhaltung Strafe folgt, wurde der Freispruch gefällt und damit ein trauriges Dokument geschaffen, daß es „Politik“ ist, wenn des Verbrauchers Rechte geschützt werden sollen, daß aber die Verbraucherbestimmungen gegenüber den Produzenten nicht angewandt werden müssen.

## Bestimmungen über die Rheinschiffahrt.

Paris, 23. Dezember. (W.B.) Die Rheinschiffahrtskommission hat im Verlauf ihrer Straßburger Tagung Vorbereitungen zu einer Studienreise getroffen, die ein Ingenieur-ausschuß im Laufe des nächsten Jahres unternehmen soll. Die Kommission hat ferner eine Abänderung der Bestimmungen über die Einfahrt in den Hafen von Rehl und die Mündung der Rinzig angeordnet, die von der deutschen Delegation vorgeschlagen worden war. Desgleichen hat die Befreiung des zum Wendens der Schiffe bestimmten Bassins nahe der Kehler Höhenmündung, die von der französischen Delegation in Vorschlag gebracht worden war, Zustimmung gefunden unter dem Vorbehalt, daß später ein ähnliches Bassin wieder eingerichtet werden soll, wenn es sich als nötig erweisen sollte. Unter gewissen Bedingungen hat die Kommission schließlich die Ermächtigung zum Bau einer Hafensperre in Rehl erteilt.

Köln, 23. Dezember. (W.B.) Wie die Blätter melden, ist über Königswinter die Nachverkehrsperre von 9 bis 5 Uhr verhängt worden, weil bei den letzten Zusammenstößen zwischen Sonderbündlern und hiesigen Bürgern ein französischer Korporal von einem Sonderbändler mit dem Messer erstochen worden ist.

## Hughes und Tschischerin.

Keine Zurücknahme. — Kein Schiedsgericht.

Washington, 22. Dezember. (Eca.) Bezüglich der Veröffentlichungen über die sowjetische Propaganda in den Vereinigten Staaten hat das Staatsdepartement der Presse eine Erklärung gegeben, in der es heißt, daß man dazu entschlossen sei, sich weder zurückzuziehen, noch die veröffentlichten Dokumente einem Schiedsgericht zu unterbreiten. Hughes hat diese Dokumente veröffentlicht, um seine Weigerung, mit der Sowjetregierung über die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu verhandeln, zu erklären. Die amerikanische Regierung erklärt, daß sie durchaus von der Echtheit dieser Dokumente überzeugt ist, trotz Tschischerins Dementis.

Der Bombenanschlag auf Mosk. Die in der Angelegenheit des Bombenanschlags auf das Regierungsgebäude angestellten Ermittlungen haben bisher zu keinem Ergebnis geführt. Der Oberstaatsanwalt hat auf die Ergreifung der noch unbekanntem Täter eine Belohnung von 200 Goldmark ausgelegt.

nachtslieder erklingen, pustet das Paar eiligst die Lichter aus und begibt sich zur Ruhe. Die beiden Menschen sind nicht müde, sie sind zerbrochen.

Im ersten Stockwerk feiert ein Ehepaar das Christfest. Sie mit so vielen schweren Gedanken, die in der Einsamkeit kommen. „Ihr Mann ist auswärts arbeiten“, erzählt sie den Hausbewohnern, obwohl sie der Ansicht ist, daß es doch alle wissen, daß er im Gefängnis ist. Einst führten sie ein geordnetes Leben. Aber dann zog der Krieg über die Welt und ihr Mann kam gänzlich verändert aus dem Felde zurück. Sie verstanden einander nicht mehr. — Als die große Tanne ihrer Herrschaft in den Christbaumfuß geschoben wurde, fielen eilige Zweige ab, die sie auslas, mit nach Hause nahm und in eine Base steckte. Womöglich wurde ihrem Mann die religiöse Strafe erlassen, vielleicht kam er zu Weihnachten frei. Sie hatte solche unbestimmte Ahnung. Na, sie wollte ihr möglichstes tun, sie hatte ein paar Preßkohl in den Ofen gelegt und das Tannengrün auf den Tisch gestellt. Dann sitzt sie im Dunkeln und wartet und wartet und eine hartnäckige Angst frißt sich in ihrem Herzen fest.

Im vierten Stockwerk wohnt ein Schieber. Er kam verdientlich durch den Krieg, denn er war Schreiber bei einem Feldwebel. Und nachher, nun da lag für Leute seines Schlages das Geld doch auf der Straße. Zur Feier hat er sich ein feines Wädel eingeladen, entschuldigt sich vorerst, daß er so erbärmlich wohnt, „aber heutzutage ist es ganz gut, wenn man so irgendwo unterkriecht“, dann fällt er über den Bänkselherren her, entkorkt eine Flasche Wein, zündet die Weihnachtsbaumlichter an und singt aus sattem Gefühl, geschäftlichem Befriedigtsein und anezogener Frömmigkeit heraus: „Ihre sei Gott in der Höhe.“

## Auf dem Weg zum neuen Bühnenstil.

„Feierliche und phantastische Tänze“ zählte Jutta Klami mit Mitgliedern ihrer Tanzgruppe im Blüthner-Saal. Einzelnen aus dem „Aufstieg“, aus den „Tänzen der Nacht“ u. a. Kein geschlossenes Ganzes, sondern Broden aus dem Aufsteiger. Trotzdem sehr starke Wirkungen im einzelnen, in der munderwoll klaren rhythmischen Gliederung der Gruppen tänze, den „Suchenden“, dem „Chor der Bekannten“ und dem heiter festlichen „Reigen im alten Stil“, der vielleicht in der Gruppierung etwas weniger gelungen, etwas lockerer hätte sein können. Außerordentlich am stärksten wirkend die phantastischen Abdruckszenen aus den „Tänzen der Nacht“ mit Jutta Klami und dem seltsam spukhaften Boach im Blüthner. Dieser langgestreckte Glieder wie Windmühlenspiegel durch die Luft setzen, dessen überstarker Leib in grotesken Sprüngen, Windungen und Schwingungen den Raum zerteilt, um plüschig — minimalistisch — spurlos zu verschwinden, bis das verwirrte Auge ihn, zu einem bewegungslosen Orientierungspunkt gefaßt, irgendwo am Boden entdeckt. Dabei nichts von effizienter Kunst, alles ernst und sachgemäß in den Dienst künstlerischen Gebührens gestellt. Aber alles dies ist letzten Endes nicht das Entscheidende. Was

den Darbietungen der Jutta Klami und ihres Schülerkreises weit über das künstlerische Tagesinteresse hinaus Bedeutung verleiht, ist der Stil, der hier im Werden ist. Der neue Stil, der über den in ihrer Art vollendeten unergleichlichen der Mary Wigman hinausführt und dem letzten Ziel moderner Tanzkunst bewußt entgegenstrebt. Das Ziel ist die konsequente Reinigung der Kunstmittel, die radikale Ausschleudung nicht nur aller sinnlich dekorativen, sondern auch vor allem der pantomimischen Elemente. Der Tanz als die reinste rhythmische Bewegung ungetrübter Linien, Formen und Farben erscheint als das Ideal. Keine Attitüde, keine Geste, kein Schritt darf an Irdisches, Erdgebundenes erinnern. Man soll vergessen, daß man menschliche Leiber vor sich hat. Nur bewegte Farbformen, sollen empfunden werden. Je näher die Kunst diesem Ziele kommt, je weniger die Urbasis des Tanzes, die reine Kraft des Rhythmus, von wesensfremden naturalistischen Elementen in ihrer Entfaltung behindert wird, desto vollkommener, reiner, eindringlicher, hinreißender muß die Wirkung sein. Die Schule der Jutta Klami hat das Problem für den Oberkörper fast restlos gelöst, für den Schritt und den Sprung ward die Lösung noch nicht gefunden. Ist auch dieses letzte Teilstück erreicht, so liegt der Weg für eine revolutionäre Umgestaltung der gesamten Bühnenkunst frei. In Verbindung mit Musik und den ebenfalls unnaturalistischen, „ungegenständlichen“ Sprechformen wird ein kleines herrliches Neugebilde entstehen, wird das Drama der Zukunft erwachen, das berufen ist, die Menschenleben aus dem Narne des Alltags zu erlösen. Stunden weihnachtlicher Erhebung zu schaffen und die Seele eines freien Volkes zu verklären.

Den Schlüsselstein in dieses Gebäude gefügt zu haben, ist das Verdienst von Jutta Klami und ihrer Schule. Leider war die größte ihrer Schülerinnen, die stärkste und reinste Vertreterin des neuen Stils, Beni Kiefenbahl, im letzten Augenblick verhindert, an der Veranstaltung teilzunehmen. Das war um so bedauerlicher, als die Künstlerin bei der Matinee, die sie wenige Tage vorher in den Kammerpielen gegeben hatte, nicht nur durch Individualität beeindruckt, sondern auch in der Regestaltung des Programms von der strengen und vornehmen künstlerischen Linie abgewichen war, auf der ihre ersten großen Erfolge gelegen hatten und zu der man sie gern zurückkehren sehen möchte. Hier, in dem Willen, in dem das Beste ihrer Kunst beheimatet ist, hätte sie die Stimmung, die sie zum Schöpfen braucht, und sich selber wiederfinden können. Wie wir hören, wird sie bei der ersten Tanzmatinee der Volksbühne am 20. Januar im Kreise der Jutta-Klami-Gruppe mitwirken, und wir hoffen dann Gelegenheit zu haben, uns nicht nur von ihrem höher fortgeschrittenen Können, sondern auch von ihrem ernsthaften Kunstwillen wieder überzeugen zu können. Denn sie ist noch immer die stärkste Hoffnung der deutschen Tanzbühne.

John Schifowski.

„Deutschlandkunde“ in russischen Schulen. Am 1. Dezember wurde dem D. A. Bredas zufolge, in den Moskauer Mittelschulen ein neues Lehrbuch unter dem Namen „Deutschlandkunde“ eingeführt. Wie die Sowjetpresse in ihren Berichten besonders bemerkt, ist dabei der deutschen Revolution ein breiter Raum gewidmet.



## Auch eine internationale Solidarität.

Stimmes und Rothemere.

Unter der Ueberschrift: „Eine Gefahr für Deutschland. Tom Shaw verhandelt mit deutschen Sozialdemokraten“ veröffentlicht die „D.Z.“ nachstehenden eigenen Drahtbericht aus London:

„Die Verhandlungen des in Paris weilender englischer Arbeiterführers Tom Shaw mit der deutschen Sozialdemokratie verlangen Aufmerksamkeit. „Exchange“ zufolge sieht das Programm einen Druck auf Paris zwecks Aufgabe der französischen Sonderpolitik und einen Druck auf Berlin vor, durch den der Wiedereintritt der Sozialdemokratie in die Regierung herbeigeführt werden soll. Deutsche Sozialisten sollen dieses Programm mit Begeisterung aufgenommen haben.

Diplomatische Künste englischer Arbeiterführer drohen zu einer Gefahr für Deutschland zu werden. Es versteht sich von selbst, daß sich Poincaré um den Druck einer englischen Arbeiterregierung noch weit weniger kümmern wird wie um die Haltung der englischen Konservativen. Das einzige praktische Ergebnis obigen Programms könnte also darin bestehen, die deutschen Sozialisten wieder zur Macht zu bringen.“

Erstens: an der ganzen Meldung ist kein Wort wahr. Richtig ist lediglich, daß Genosse Tom Shaw vor etwa zehn Tagen in Berlin 48 Stunden weilte, übrigens nicht in seiner Eigenschaft als Sekretär der sozialistischen Internationale, sondern im Auftrage der englischen Textilarbeiterorganisation, die eine Hilfsaktion für den Deutschen Textilarbeiterverband eingeleitet hatte. Daß er dabei auch mit Mitgliedern der deutschen Sozialdemokratie zusammengekommen ist, ist selbstverständlich. Die Frage eines etwaigen Wiedereintritts unserer Partei in die Regierung ist überhaupt nicht erwähnt worden.

Man höre aber und staune: Der Gedanke, daß die englische Arbeiterpartei, die als erste in England und am konsequentesten gegen das Versailles Diktat und gegen die Ruhrbesetzung protestiert hat, Regierungspartei werden und ein möglichst enges Zusammenarbeiten mit Deutschland erstreben könnte, erscheint der patriotischen „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ als eine „Gefahr“! Dagegen betrachtet sie es als weniger gefährlich, daß eine konservative Regierung am Ruder bleibe, die erfahrungsgemäß auf die poincaréfreundlichen „Die Harde“, auf die Ronald Mac Neill, Lord Derby, die „Morning Post“, die Rothemere-Schandblätter Rücksicht nehmen müßte!

Hier offenbart sich wieder einmal die internationale Solidarität der Reaktion.

Uebrigens veröffentlicht die agrarisch-antifemistische und natürlich ebenso „nationale“ „Deutsche Tageszeitung“ genau das gleiche Telegramm, ebenfalls als „eigenen Drahtbericht“, nur unter einer anderen Chiffre. Es scheint also, daß die beiden Blätter den gleichen Londoner Korrespondenten haben. Der Londoner Vertreter der „D.Z.“ heißt aber Dr. Adler und ist — Zionist. Wieder ein Beweis dafür, wie recht die Völkischen haben mit ihrer Behauptung, daß die Deutschnationale Partei total verjudet ist.

## Regierungswille der Arbeiterpartei.

Eine Rede Macdonalds.

London, 24. Dezember. (W.B.) Ramsay Macdonald legte in einer Rede in Elgin, er sei sehr befriedigt durch die vielen Siege, die die Arbeiterpartei bei den Parlamentswahlen errungen habe. Leider könne er noch nicht sagen, was geschehen werde, da er nicht sicher sei, ob man der Arbeiterpartei eine plan geben werde. Er habe wohlgegründeten Verdacht, daß ein erneuter Versuch gemacht werden solle, die Verfassung zu verdrängen, und daß der Demokratie Englands vielleicht kein ehrliches Spiel gewährt werde. Alles, was er sagen könne, sei, daß die Leute, die sich einbilden, sie könnten das System der parlamentarischen Regierung niederreißen, wenn es ihnen so paßt, sehr im Irrtum seien. Die konservative Regierung könne sich nicht an ihr Amt halten, obwohl sie hartnäckig daran festhalte. Warum sie das tue, könne er ihm besten Willen nicht sagen, es könne höchstens die Hoffnung sein, daß inzwischen irgendeine unfaulthafte und prinzipienlose Koalition gebildet werde, die bezwecke, die Arbeiterpartei an der Uebernahme des Ministeriums zu verhindern. Er könne versichern, daß sich niemand nach der Amtsübernahme dränge. Man brauche nur die Verwirrung der inneren und äußeren Politik, den Stand der englischen Finanzen und das Arbeitslosenproblem zu betrachten. Kein einziges Mitglied der Arbeiterpartei lehne sich danach, die Verantwortlichkeit für die Regierung zu übernehmen. Bezüglich der liberalen Partei sagte Macdonald, sie sei eine Partei, die darauf war, daß der Sieg heringebracht und zugeknöpft werde. Die Arbeiterpartei werde die Regierung übernehmen, falls sie dazu aufgefordert werde und wenn dies die Umstände ergebe, denn sie glaube, daß sie in internationalen Angelegenheiten, bezüglich der Fragen des Friedens und der Gerechtigkeit mehr Autorität besitze als irgendeine andere englische Partei.

## Ein Mandat für Henderson.

London, 24. Dezember. (Eca.) Den „Times“ zufolge wird der Arbeiterabgeordnete Parker sein Mandat krankheitsbedingt niederlegen. Die Arbeiterpartei wird in seinem Bezirke Arthur Henderson aufstellen.

## Pariser Weihnachtsulk.

Paris, 24. Dezember. (Ill.) Das „Echo de Paris“, das als Organ des französischen Generalstabs gilt, veröffentlicht einen mit drei Kreuzen gezeichneten Artikel, der, wie man annimmt, vom General de Costelmann stammt. Da wird behauptet, das Reich habe in Erwartung der Ruhrbesetzung bereits 1921 Maßnahmen ergriffen, um den vorübergehenden Verlust seines Industriezentrums auszugleichen. Es sei möglich, daß eine teilweise Mobilisation außerhalb des Ruhrbeckens zumal in Sachsen (1) in Deutschland vorbereitet sei. In dieser Meinung werde man durch die rätselhafteste Abwanderung zahlreicher Arbeiter aus dem besetzten (wo sie hungern müssen und unter Fremdherrschaft leben, Red.) in das unbesetzte Gebiet sowie das einwandfreie festgestellte Auftreten weittragender Kanonen bekräftigt. Allerdings verfüge Deutschland zurzeit noch nicht über die nötige Artillerie und Munition, um die Feindschaften gegen Frankreich sofort zu eröffnen, doch träten seine Vorbereitungen in den nächsten drei Monaten, d. h. 11 bis 15 Monate nach der Ruhrbesetzung, in eine entscheidende Periode. Solange Frankreich das reinste Gebiet Deutschlands besetzt halte, werde das Reich nichts unternehmen. An dem Tage aber, an dem es sich imstande fühle, die französischen Truppen durch einen raschen Ueberfall ohne große Bemühungen für das Rhein- und Ruhrgebiet hinauszujagen, werde es sich nicht lange bedenken. Die sofortige Wiederaufnahme der Kontrollfunktion sei daher absolut notwendig. General Koller müsse verlangen 1. die Zerstückelung der Archive sämtlicher nationalsozialistischer Verbände; 2. die unmittelbare Auslieferung der seit dem 11. Januar vollenetzten Kanonen oder solche, mit deren Bau begonnen ist; 3. Zerstückelung der Werkzeuge und Modelle in den Industriemerkstätten Bayerns und Sachsens.

## Der Sonntag der Goldmark.

Früher war es der goldene Sonntag, denn da hat es in die Ladentassen goldene Kronen und Doppelkronen geschneit. Aber selbst wenn es nur papierne Zwanziger waren, so machte das nichts, denn wer seinen Spieß daran hatte, der konnte sie sich jederzeit bei der Reichsbank in Gold einwechseln. Inzwischen haben wir uns infolge des Krieges die Kronen und Doppelkronen und noch etliche andere Kronen abgewöhnt, aber nicht so sehr die Erinnerung an den goldenen Sonntag. Und gestern war es äußerlich vollkommen das alte vertraute Bild. In den Straßen des Zentrums ein ganz ungeheurer Menschenstrom, der sich soweit es irgend ging, in die hellen, wohl-durchwärmten Barenhäuser ergoß, in denen der arme Mensch den wenn auch recht kleinen Trost hatte, daß er umsonst einmal eine Augenweide genießen durfte. Und die reichen Schätze der wohlgefüllten Läger glänzten und lockten. Manah Einkauf wurde wohl noch gemacht, aber die große Mehrzahl derer, die es dazu hatten, saß daheim und hütete die schon längst eingekauften Weihnachtschätze. Und die Käufer des Sonntags hatten in der Mehrzahl wieder und wieder zu überlegen, zu beraten und nachzuzählen, ob die Papiermark und Rentenmark und Dollarstücke und Berliner Dollars und preussischen Dollars und goldwertigen Reichsbanknoten und was sonstige goldwertige Scheine, die sich mit ihren sinnverwirrenden Zehntel- und Vierstückerungen in einer modernen Briefstafel zusammenfinden, denn auch wirklich ausreichen, um dieses oder jenes ersehnte Stück zu erstehen. Wenn man daran denkt, welche jammervollen Löhne und Gehälter heute gezahlt werden und wie hoch noch die Preise für viele Waren sind, dann kann man gar nicht anders als zu der Ansicht kommen, daß das gestern noch lange kein goldener Sonntag war, sondern wie es unserer Zeit entspricht, eben nur ein Sonntag der sogenannten Goldmark, ein Sonntag, der goldig aussah, aber es keineswegs war. Kleider und Schuhzeug haben zweifellos einen erheblichen Rückgang im Preise aufzuweisen, aber nicht so Tricotagen und Wäsche, deren Preise noch immer die Friedenspreise um das Zwei- bis Dreifache überragen. So stieß der Strom der Käufer bereit aber nicht Kaufwilligen an den herrlichen Waren vorüber. Und vor einigen Barenhäusern war das Gedränge so groß, daß die Schupo zu Fuß und zu Pferde nebst einigen Beamten erschienen war, um den Verkehr zu regeln. Doch Punkt fünf war der Zauber zu Ende, die Kolläden rasselten herunter, die Schuhgitter trachten empor, die Läden spien Zehntausende aus, Strophen, Hoch- und Bororibahnen hatten zu tun, um die Kössen abzuschnappen. Und sie kreuzten sich mit jenen Zügen, in denen elegante Spormännlein und Fräulein mit feudalen Stiefern saßen, die zum erstenmal ihre in den Trakturfurten erworbenen Kenntnisse an den graufigen Abhängen der Potsdamer Rabensberge oder der Müggelsberge und wie die Berliner Hochhügel alle heißen, erprobt hatten.

Der Sonntag der Goldmark ist vorbei und die Läger Straßen noch immer von Waren, denn Hunderttausende sind in dieser Stadt ohne Arbeit und ohne Einkommen, konnten nichts kaufen und sind ohne Weihnacht und ohne Geschenke. Hunderttausende haben kein Einkommen, das es ihnen gestattet, einzukaufen. Hunderttausende wagten nicht einzukaufen, weil in der Nacht vom alten zum neuen Jahr die dürren Käufe der Arbeitslosigkeit sie umkrollen werden. Und über hundert Menschen sind in Berlin schon des Hungertodes gestorben. Ihr, die ihr das große Glück habt, am heutigen Abend mit geringer Sorge im warmen Zimmer und unter dem grünen Lichterbaum zu sitzen, denkt ihrer! Denkt eurer Brüder und Schwestern in Not, der Lichtlosen, der Freudearmen, der Ungefälligen, der Verzweifelten!

Der Weihnachtsbaum, das Symbol des Friedens und der Menschlichkeit, ist in den letzten Tagen und besonders am gestrigen Sonntag Gegenstand recht garstiger Ausfälle gewesen, so daß sich sogar die Polizei veranlaßt sah, einzuschreiten. Die Zujahr war in diesem Jahre mehr als knapp. Auch die unerledigte Verjüngung des Marktes, die oft genug eine nicht ganz unbeträchtliche Rolle gespielt hat, übte diesmal aus, weil die Wälder in der Umgebung Berlins unter verstärktem Schutz gestellt waren. In den Bucher waren aber mitunter gewisse Käufer mehr schuld als die Händler, denn die Leute rissen sich förmlich um die wenigen Bäume, und drückten den Händlern noch mehr in die Hände, als sie verlangt hatten, 20 und 25 M. und noch mehr, auch wenn sie dafür statt eines richtigen Baumes nur eine fable Stange mit wenigen Zweigen bekamen. Bei mehreren Händlern beschlagnahmte die Polizei die Bäume und verkaufte sie zu den vom Bucheramt festgesetzten Richtpreisen. — Ein auf dem Nordbahnhof stehender Waggon, der mit Weihnachtsbäumen beladen war, aber erst am 24. morgens entladen werden sollte, wurde von der Menge umdrängt, die Wiene machte, sich die Bäume anzueignen. Da die Menge inzwischen auf circa 4000 Personen angewachsen war, gelang es den wenigen Polizeibeamten nicht, die Ordnung und Ruhe wiederherzustellen. Der Tumult wuchs derart an, daß man schließlich das Ueberfallkommando Wedding alarmieren mußte, das sofort 25 Beamte entsandte. Schließlich gelang es, die Menge von dem Bahnhof herunterzubringen und zu zerstreuen. Heute sah man gelegentlich Leute, die in einer Gärtnerei oder einem Blumengeschäft ein winziges Tannenbäumchen in einem Blumenlopf erstanden hatten, um nur ein wenig Tannengrün im Hause zu haben.

## Festnahme eines Großverbrechens.

Mehrere schwerer Mordtaten stark verdächtig.

Mit einem Berliner Schwerverbrecher, der allem Anscheine nach wie ein zweiter Sternickel in Schlesien gehaust hat, beschäftigen sich augenblicklich die Oberstaatsanwaltschaft in Glogau und die hiesige Kriminalpolizei.

In Glogau sitzt ein 52 Jahre alter früherer Arbeiter Edward Scheidner in Untersuchungshaft, der bei einem Einbruch ergriffen wurde. Er ist einer Reihe von Mordtaten dringend verdächtig und wird besonders auch von seiner eigenen Frau, die mitverdächtig ist, und von seinem zwölfjährigen Sohne Otto schwer belastet. Er wohnte viele Jahre in Berlin, bis er vor zwei Jahren mit Frau und Sohn von hier verschwand. Der hiesigen Kriminalpolizei ist er als alter reisender Einbrecher und Dieb bekannt. Bei seinen Verhören in Glogau und den Vernehmungen seiner Frau und des Stiefsohnes ergab sich nun zunächst, daß Scheidner höchstwahrscheinlich im Sommer vorigen Jahres auf der Landstraße in der Gegend von Würzburg bei Waldenburg einen Kaufmann ermordet und herauf hol. Ein zweites Verbrechen, dessen er beschuldigt wird, ist ein Doppelmord, der an einem Müllerpaar im November vorigen Jahres in Dittersbach in Schlesien verübt wurde. Auch hier wird er von Frau und Stiefsohn schwer belastet. Dazu kommt ein Mord an einem Gastwirt und einem Händler in Vlegnitz, der bei dem Morte zu Gefolge war. Diese Überfälle bei der Heimkehr eines Einbrechers, und wurden beide von ihm erschossen. Dabei hat ein gewisser Krzeminski eine Rolle gespielt. Wieder berichtete Scheidner darüber sofort nach der Tat seiner Frau und seinem Stiefsohn. Von einer furchtbaren Rache zeigte eine andere Untat, der eine Frau zum Opfer fiel. Sie wurde auf dem Kartoffelfeld hinterlässt mit einem Kartoffelstampfer niedergeschlagen. Scheidner selbst gibt zwar ausnahmslos alle Diebstahle, die ihm zur Last gelegt werden, zu, leugnet dagegen jeden Mord oder Totschlag. Für die weiteren Ermittlungen ist es nun wichtig, aufzuklären, ob und in welchen Beziehungen er in Berlin bereits zu Krzeminski gestanden hat. Festgestellt ist, daß er von 1912 bis 1921 in Berlin gewohnt hat an zwei Stellen in der

Fehmannstraße, dann in der Brunnenstr. 101, in der Beussstr. 82 und zuletzt in einer Wohnlaube in der Müllerstraße. Mitteilungen zur Aufklärung nimmt Kriminalkommissar Dr. Koch im Zimmer 56a des Polizeipräsidiums entgegen.

## Klingender Frost.

Der letzte Sommer war ohne Zweifel ein hässlicher Geißel, wir haben auf ihn gewartet, und er kam nicht. Ganz anders der Winter. Am 22. Dezember kündigt ihn der Kalender an, und richtig, er trifft mit größter Buntlichkeit und zehn Grad Kälte ein. Mancher, der nicht sonderlich tafelfest ist, wird sich wundern, daß der Winter erst vor einigen Tagen eingeseht haben soll. Denn bereits vom 28. zum 29. November hatten wir den ersten richtigen Schneefall. Darauf kam eine kleine Erholung in Schneereggen, Sturm und Matsch und nun plötzlich die Kälte. Richtiges Weihnachtswetter! sagen die einen. Ein bißchen früher Winter! sagen die andern. Dennoch werden sich beide nicht ungern der im Herbst bereits vorgenommenen Prophezeiung erinnern, daß wir einen zwar harten aber kurzen Winter und ein schnell darauf folgendes sehr mildes Frühjahr haben werden. Und allen denen, die da meinen, wir müssen gewiß und wahrhaftig einer neuen Eisperiode entgegengehen, sei es zum Trost gesagt, daß Deutschland im Mittelalter noch ganz andere Winter hatte, wie denn im übrigen in den deutschen Gebirgs- und Hochlandgegenden und in den östlichen Provinzen die Menschen auch heute noch weit grimmigere Temperaturen spüren. Vor genau 600 Jahren, im Jahre 1323, wütete so eine grimmige Kälte in Deutschland, von der der Chronist berichtet: „In diesem Jahr war ein starker Winter, und des Winters wegen sind viele gestorben, und es war ein Uebergang über das Eis von Pommern und Mecklenburg nach Dänemark.“ Soffentlich wird die Kälte nicht so barch und grimmig wie anno 1323. Immerhin wird aus dem Innern Schwedens bereits eine Kälte von 20—35 Grad gemeldet, und in den Außenbezirken Groß-Berlins war in der letzten Nacht die Temperatur auf —15 Grad und noch tiefer zurückgegangen. Die Folgen zeigten sich in der Frühe des Montags sofort im Bersehr der Borori- und Ringbahn, der sich zumeist nur mit starken Verspätungen abwickeln konnte. Im Laufe des Vormittags trat zwar eine mäßige Erwärmung ein, aber eine Aussicht, daß die Kälte über Weihnachten weicht, besteht zurzeit nicht. Wir werden also Weihnachten mit Eis und Schnee und klingendem Frost haben.

## Vorfeiern und Festesfreude.

Eine vom Bürgermeister Genossen John in Lichtenberg veranstaltete würdig und erheben verlaufene Weihnachtsfeier vereinigte vergangenen Sonnabend, nachmittags 4 Uhr, in der mit Weihnachtsbäumen und sonstigem Grün festlich ausgeschmückten Aula des Gymnasiums an der Parfaue alle diejenigen Mitbürger des Bezirks, die von der Not der Zeit am härtesten betroffen sind. Radezu 400 dieser Armen waren der Einladung gefolgt. Froh erhellten sich die von Kummer und Not gezeichneten Mienen der Erschienenen, als sie den Festsaal betraten, die wohlgedeckten, mit Kuchenbergen beladenen Tische sahen und Gelegenheit geboten wurde, sich dem so lange schmerzlich entbehrten Genuß von Kaffee und Kuchen hinzugeben. Nach fast dreistündiger Feier verließen die Geladenen, gestützt und mit einer Geldspende und einem ansehnlichen Weihnachtspaket, enthaltend allerlei Nahrungsmittel wie Fleisch, Fett- und Mehlgaren und dergleichen versehen, hochbefriedigt den Festsaal. — Wie im vergangenen Jahre hatte der Zentralverband der Angestellten auch zu diesem Weihnachtsfest eine Sammlung für die erwerbslosen Mitglieder eingeleitet und konnte infolgedessen am Sonnabend, den 22. Dezember, eine große Anzahl Erwerbsloser sowie auch deren Angehörige, insbesondere Kinder, mit einer Festfreude überraschen. Die Feier war schlicht; sie entsprach durchaus der schweren Zeit, in der die Arbeitnehmerschaft zurzeit leidet. Alle Besendeten werden diesen Tag in Erinnerung behalten und sich stets mit Dank an das Solidaritätsgefühl ihrer noch in Arbeit stehenden Kollegen erinnern. — Eine große Freude haben wackere ostpreussische Landleute mit ihren Frauen 120 armen Kindern des Berliner Nordens bereitet. Die Kinder erhielten von ihren Pfliegertern, die ihnen schon im letzten Sommer einige Monate Erholung gewährt hatten, erneut eine Einladung, auch die Weihnachtsferien in Ostpreußen zu verbringen. Am letzten Freitag reiste die fröhliche Schar vom Schlesienschen Bahnhof nach Osten ab. — Eine große Weihnachtsfreude wurde den Kindern der 31. weiblichen Schule in Neukölln bereitet. Die Angestellten der russischen Handelsgesellschaft hatten es übernommen, jedes der 650 Kinder zu beschenken. Lehrer Vange übergab im Namen der russischen Spender die Gaben; der Leiter der Schule, Genosse Wittbrodt, dankte im Namen des Beherrenkollegiums, und Kreischaurot Dr. Hering sprach den Dank der Stadt aus.

## Für die erwerbslosen Parteigenossen.

Um den erwerbslosen Parteigenossen Gelegenheit zu geben, sich politisch zu unterrichten, werden auf Beschluß des erweiterten Bezirksvorstandes in allen Berliner Kreisen allwöchentlich an jedem Dienstag nachmittags von 2 bis 4 Uhr in geeigneten Lokalen Zusammenkünfte der erwerbslosen Genossen stattfinden. Der „Vorwärts“ wird in mehreren Exemplaren ausliegen. Führende Parteigenossen haben sich bereit erklärt, über alle aktuellen Fragen der Politik Vorträge zu halten. Die erste Zusammenkunft findet am Dienstag, den 22. Januar, statt. Bis 12. Januar haben die Kreisleiter die Lokale im Parteisekretariat, Lindenstr. 3, bekanntzugeben. Nebenher gehen die allgemeinen Veranstaltungen für die Erwerbslosen. Am 15. Januar, mittags 1½ Uhr, findet eine Versammlung aller erwerbslosen Parteigenossen statt. Genosse Dr. Rofes spricht über „Menschenökonomie“.

## Militärrenten in Goldmark.

Antlich wird uns mitgeteilt: Durch Verordnung vom 14. Dezember 1923 sind die Versorgungsgebühren der Militärrentner in Goldmarkbeiträge umgeändert worden.

## Großfeuer im Stuttgarter staatlichen Zellengefängnis.

Im Dachraum des Mittelbaues des staatlichen Zellengefängnisses, in dem mehrere hundert Gefangene untergebracht sind, brach Sonntagnachmittag Feuer aus, das sich mit rasender Schnelligkeit auf alle drei Flügelbauten gleichzeitig übertrug, so daß diese in kurzer Zeit ausgebrannt waren. Die Gefangenen konnten rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden.

## Ein französischer Luftkreuzer verliert.

Der frühere Zeppelin und jetzige französische Luftkreuzer „Dirmuiden“ ist bei einer Fahrt nach der afrikanischen Küste noch dem Meere abgetrieben worden.

## Sport.

Brand gewinnt den 2. Großen Weihnachtspreis. Der letzte Remslag in Wien-Berlin verlief außerordentlich spannend. Gleich das erste Rennenfahren mit der guten Besetzung Thomas, Mannner und C. E. L. brach unter ersten Janus des Publikums. Dadurch ausgelassen, strengten sich alle besonders an. Jeder konnte einen Lauf für sich aufstellen, Mannner den ersten, Stellbrin den zweiten, Thomas den letzten und damit den Sieg. Aufgeschaltet hielten sich die Teilnehmer des Hauptrennens über zwei Kilometer. Dann, Mittig und Peter, Peter wurde zwar jedes Mal Dritter, gab sich aber nicht kampflos geschlagen. Da zu konnte mit einem Punkt knapp vor Wittig das Rennen gewinnen. Dann begann der Entscheidungslauf des Großen Weihnachtspreises von Wien-Berlin, zu dem sich Ivanom, Brand und Baldon qualifiziert hatten. In ganz langem Lauf trat Brand als erster beiden Mannner, oft mit aufeinander zugehen. Brand übernahm trat Brand plötzlich an und hielt seinen klaren Vorsprung trotz größter Anstrengung der beiden anderen bis ins Ziel. So gewann Brand, hatten er und der Mannner Brand gleiches Punktzahl erreicht. Darauf wurde Brand der Sieg und der erste Preis zugeteilt. Ein mit Wädhnen reichbedecktes Anzeigegerät, das in unheimlichem Tempo gefahren wurde, holte sich Wittig nach hartem Kampf gegen John und Thomas.



